

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

175 (30.7.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatl. 2,00 M., 1/2jährl. 3,70 M., d. Bogen 1 M., bezog. 8 M.; durch Post 1,04 M. bezog. 3,19 M.; durch d. Post 1,06 M. bezog. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenhöhe od. deren Raum 20 A. Bezugspreis billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für gedr. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Co., Karlsruhe.

Das Blümlein Mitgefühl.

Von einem Feldgrauen wird uns geschrieben:

In den konservativen Zeitungen ist über Nacht ein Blümlein von befreundlichem Duft aus der Tintenwelt herausgewachsen. Das Blümlein mit der Abperlung unserer Krieger von jeglicher aktiven Teilnahme an der politischen Gestaltung. Ueber Nacht ist dieses liebliche Gewächs erblüht, dann aber gleich in so schmerzhaften Antonus aufgeschossen, daß es sich nahezu wie eine erotische Frucht aus orientalischem Garten ausnimmt. Was werden unsere Feldgrauen sagen, wenn sie nach Hause kommen werden und das Gewächs, das sie zu so herrlichem Wuchs erbaute helfen, nun von Grund auf umgestürzt finden? „Wie ein Blümlein die Abwesenheit des Ehemannes bemerkt, um die Ehre der Familie zu schützen, so gefällt sich jetzt die demokratische Plebs in allerhand zudringlichen Reformtentakeln auf die stolze Bewusstheit Germanias, die von Gatten, Vätern und Söhnen draußen verteidigt wird.“ So und so ähnlich.

Angenehm überrascht, solche Töne von hier erklingen zu hören. Früher war das mindestens prinzipiell etwas anderes.

Die Hauptlast des Kampfes fällt zum großen Teil auf Leute vom 20.—25. Lebensjahre. Wer hat sich ihrer politischen Rechtfertigung jemals angenommen? Es gab eine Strömung, welche Personen dieses Alters die Wahlberechtigung zuerkennen wollte. Die Sozialisten waren dafür, in den liberalen Parteien war man dafür und dagegen, die Konservativen hatten immer nur ein plattes Nein. Sie wollten, abgesehen von ganz reaktionären Ausschaltungsversuchen als Parlamentarismus, das wahlberechtigte Alter auf das 28. Lebensjahr heraufschrauben oder noch weiter. Woher auf einmal ihr Erbarmen mit der politischen Befähigungsummöglichkeit der Frontkrieger, das konsequenterweise sich doch auch auf die Kategorie der 20.—25jährigen erstrecken müßte?

Zunächst parenthetisch, was eigentlich als geändertes Problem von aktueller Dringlichkeit sehr gründlich behandelt zu werden verdient: Will man die jungen Leute weiter auf ihr 25. Lebensjahr warten lassen, ehe sie sich mit dem Stimmzettel an der Politik beteiligen können? Die Schweiz hat ein vorbildliches Beispiel gegeben. Sie läßt ihre Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahr an politisch mitreden und tätigen. Und dort darf die Bevölkerung nicht nur ihre Parlamentarier wählen, die dann alles weitere für sie zu tun haben, sondern mit plebiszitären Beschlüssen allgemein wichtige Bestimmungen direkt erzwängen. Die Schweiz ist dabei nicht schlecht weggekommen und den Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen hat die Aktibeteiligung an der Politik auch nichts geschadet. Sie haben keinen Schaden an ihrem Intellekt wie an ihrer Moral genommen, obgleich sie sich beispielsweise bei Plebiszitärsbeschlüssen über Einführung oder Abschaffung von Bordellen, Annahmekrupen usw. zu entscheiden hatten.

Wer zu dem angeregten Vorschlag der Herabsetzung des wahlberechtigten Alters sein Pro spricht, tut es mit Gründen, die auch für Deutschland gelten müssen. Und hier kommt dazu, daß die Erfahrungen im Krieg den jungen Leuten eine Reife gegeben haben, die ein ganzes Jahrzehnt gewöhnlicher Berufslebensjahre ausreicht. Bei der Abrechnung mit den bisherigen historischen Staatsformen tritt alles zutage, was brüchig war und fortvegitterte, alles aber auch, was produktiv eingreifen wollte und nicht zugelassen wurde. Nach und nach kommen jetzt die Frauen und machen Ansprüche auf das Stimmrecht. Sie berufen sich auf ihre von höchsten Werten und Militärstellen anerkannten Leistungen und haben ein Recht dazu. Aber die Frontkrieger von 20—25 Jahren haben noch mehr geleistet. Man habe also einmal nicht Angst vor der gebotenen Konvention.

Ja woher nun die konservative Fürsorge für die politische Mitwirkung der im Felde stehenden Soldaten? Hoff man hier etwa auf Kontredampf gegen die Parlamentarisierung unserer Konstitution? Erwartet man, daß die Leute in den Schützengraben mit vollen Backen in die annexionsistischen Segel blasen würden?

Nein, man weiß genau, wie dort der Kurs in beiden politischen Werten steht. Aber Tag für Tag liest man in konservativen Blättern, die Mehrheit an der Front sei für Annexionen und diese Mehrheit sei empört, daß man ihre Mitwirkung bei den Verfassungsreformen ausgeschaltet habe. In Blättern dieser Richtung wird gerade so getan, als ob die Krieger wie Spanzwürste sich ärgerten, nicht mitmachen zu können, wo mal was in der Heimat los ist. Man tut so, als ob die Soldaten draußen etwas dagegen hätten, daß ohne sie etwas in ihrem Sinne gechehe. Das ist doch wohl selbstverständlich: sie, die zum Volk gehören, werden wohl nichts einzusetzen haben, wenn dem Volk mittlerweile ohne ihr Zutun längst zutreffende Rechte einräumt werden. Im

Gegenteil. Sie wollen gar nicht dabei sein. Sie, die so viel gekämpft haben da draußen, wollen für die Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse keine Kampfkraft mehr verbrauchen. Sie wollen, daß ihnen die inneren politischen Reformen nicht als ein Geschenk, wohl aber als selbstverständliche, mit den äußeren Kämpfen schon errungene, quasi in ihnen enthaltene Erfolgsergebnisse zufallen. Daß solange nach dieser Richtung nichts geschah in der Heimat, das hat so verstimmend, so erbitternd gewirkt auf die da innen in den Unterständen. Wir hatten den Eindruck, die Heimatspolitik sei mit Sterilität oder mit Mangel an Mut und gutem Willen gesegnet. Ich wollte, so ein konservativer Politiker hätte einmal mit dem Ring des Gypses oder was ihm bei seiner teutonischen Abkunft vielleicht sympatischer wäre, mit der Karafappe Siegfrieds einen Patrouillengang durch die Schützengraben beider Fronten gemacht. Es wären ihm, wenn gerade ein solches Gebräch im Gange war, gewisse Stichworte zugeflogen: Fideikommiss, Rekrutrechte, Dörlbier, Junkertum, Kohlen- und Schlotbarone usw. Ohne viel Assoziationsgewandtheit zu besitzen, hätte er sich daraus eine ganz bestimmte Meinung machen können, was die Taktik des Hinauschiebens mit der Hoffnung auf Unterfütterung einer reaktionären Politik seitens der heimkehrenden Frontsoldaten zu erwarten hätte.

Aber nein, sie erwarten gar keine Vorteile für diese Politik von den Kriegern. Sie haben nur gehofft, daß aufgeschoben dieses Mal vielleicht aufgehoben bedeutet

hätte. Der Krieg, haben sie kalkuliert, kann noch eine gute Weile dauern. Wenn dann Friede ist, so dürfte infolge der Ueberlastung mit wirtschaftlichen Sorgen die Volkstimmung nicht gar so energisch auf Verfassungsreformen dringen. Und von dieser politischen Stagnation wollten sie profitieren. Dann hätten sie nach gutem altem konservativem Rezept bremsen können: augenblicklich sei in den „breiten Volksschichten“ kein Verlangen nach konstitutionellen Veränderungen, und hätte sich dann später dieses Verlangen sehr gründlich geküßert, so hätten sie mit boshaft „Wadenstößen“ „Nun gerade nicht: von trotzig aufbegehrenden Massen darf man sich keine Zugeständnisse abpressen lassen“ dem Fortschritt Opposition gemacht. Zuletzt würden sie und dann vielleicht mit Erfolg versucht haben, mit einer Politik der Kompromisse „das alte Brechen“ zu retten.

Diesen alten Brechen werden jetzt zuguterletzt noch dusehndweise Väter echter Krokodilstränen nachgeweiht. Und doch hat niemand eine so lange Galgenfrist ausgelebt als eben dieses alte Brechen. Es hätte schon, würde die Abtreifung verbrauchter Formen sich mit dem Aussterben der ihnen korrespondierenden Inhalte vollziehen, nach Napoleons 1. Sturz verschwinden müssen. Im Grunde gehen wir jetzt erst an die Liquidation der gleichen Probleme, die durch die Verhältnisse von anno 1820 gestellt wurden. Ein ganzes Jahrhundert über keine Berechtigung hinaus zu brechen und zu tyrannisieren, damit dürfte es wohl genug sein. B. A.

Die größte Artillerieschlacht in Flandern. — Die Russen weichen über die Reichsgrenze zurück.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 20. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Artillerieschlacht in Flandern tobte gestern vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein ununterbrochen fort. Die artilleristische Kraftentfaltung stellt das Höchstmäß von Massenwirkung in diesem Kriege dar.

An mehreren Stellen des Schlachtfeldes lösten eigene und feindliche Vorstöße örtliche erbitterte Infanteriekämpfe aus.

Vom Kanal von La Bassée bis auf das Südufer der Scarpe steigerte sich am Abend die Feuerstätigkeit; nachts östlich von Monchy vorbereitende Angriffe englischer Bataillone brachen verlustreich zusammen.

Auch bei Oisus, nordwestlich von St. Quentin, blieben englische Angriffe ergebnislos.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Eine Zunahme der Gefechtsstätigkeit wurde längs des Chemin-des-Dames, in der Champagne und an der Maas fühlbar.

Südöstlich von Ailles griffen die Franzosen morgens einmal, am Abend dreimal mit starken Kräften an. Ein föhniges Regiment wehrte in oft bewiesener Standhaftigkeit sämtliche Angriffe des Feindes in hartem Nahkampf ab.

Die Flugstätigkeit war außerordentlich rege, besonders an der flandrischen Front.

Es wurden 35 feindliche Flieger abgeschossen. Oberleutnant Dostler rief an der Spitze seiner Jagdstaffel ein Geschwader von sechs gegnerischen Flugzeugen auf und errang selbst den 20. Luftsieg. Oberleutnant Ritter von Tutschek schloß seinen 19. und 20. Gegner im Luftkampf ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Heeresgruppe des Generaloberst von Böhm-Ermolli.

In Ostgalizien sind die Russen beiderseits von Husiatyn hinter die Reichsgrenzen zurückgegangen. Unsere Korps haben den Bruch erreicht, andere nähern sich der Einmündung des nördlichen Dnepr in den Dnjepr.

Zwischen Dnjepr und Pruth stellten sich russische Nachhutverbände südlich von Sorokinka zum Kampf. Kraftvoller Angriff durchbrach ihre Stellungen.

Die Verfolgung geht auf beiden Dnjepr-Ufern weiter.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

Im Czeremos-Tal wurde Kutny genommen. Ober- und unterhalb der Stadt ist der Uferwechsel in Ausführung.

Im Gebirge drängen unsere Divisionen kämpfend dem Feind über die Straße Schipoth—Moldawa—Sulika nach.

Südlich des Djoc-Tales wurden starke russische Angriffe gegen den Mor. Sosinski zurückgeschlagen.

An der oberen Putna führten wir die vorgestern begonnenen Bewegungen durch.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Madensen

Am Nordhang des Bergblocks Dobesti schürften feindliche Vorstöße.

In der rumänischen Ebene nur schwaches Feuer.

Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff

Weitere 46000 Tonnen versenkt. — Erfolgreicher Angriff eines Luftschiffes auf die Alandsinseln.

Berlin, 20. Juli. (Amtlich.) 1. Im Sperrgebiete um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 26000 T. vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Dampfer „King David“ (3680 T.) mit 55 Flugzeugen und Munition von Brest nach Archangelsk, „Muirfield“ (3086 T.) mit 5000 Tonnen Weizen von Portland nach Dublin, „Dhuaf“ (4416 T.) mit Palmöl und Palmkernen von Dakar nach England, der englische Segler „Dudhope“ (2086 T.) mit Kohlen, der bewaffnete vollbeladene italienische Dampfer „Lamia“ (2220 T.); ein Dampfer, der in einem durch zwei Verstärker und fünf Fischdampfer gesicherten Geleitzug fuhr, wurde durch Torpedotreffer schwer beschädigt, so daß er für die Schifffahrt auf lange Zeit ausfällt.

2. Neue U-Bootsfolge im Mittelmeer: eine Anzahl Dampfer und Segler mit über 20000 Tonnen, darunter die englischen Hilfskreuzer „Redbreast“ (1313 T.) und „New Market“ (833 T.), sowie ein nach Saloniki bestimmter tiefbeladener Transportdampfer, der beim Torpedotreffer in Flammen aufging.

3. Eines unserer Ostsee-Luftschiffe griff in der Nacht zum 27. Juli die Batterien und Befestigungsanlagen der Alandsinseln mit gutem Erfolg an und brachte eine Batterie zum Schweigen. Trotz heftiger Beschießung kehrte das Luftschiff unbeschädigt zurück.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ein russischer General über den Winterfeldzug.

Berlin, 28. Juli. Das militärische Ausland gibt sich selbst auf. Wie das russische Militärblatt „Ruskiy Invald“ meldet, hielt kürzlich der Oberbefehlshaber der Nordfront General Klembowski vor den versammelten Mitgliedern des Erziehungsausschusses eine Rede, in der er u. a. sagte: „Ein Winterfeldzug kann nicht mehr kommen, da in der nächsten Zeit der Ausgang des Krieges sich entscheiden muß. Die Frage des Friedens ist die Frage der allerersten Zeit.“

Unser neuester Feind.

Berlin, 28. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Der hiesige Gesandte teilte dem Auswärtigen Amte mit, daß sich Siam als im Kriegszustand mit Deutschland be-

Residenz-Theater Karlsruhe Waldstr. amstag bis Dienstag. Nielsen Lauda in weissen Rosen 3 Akten von an Gad. Marso nn mit den n Augen in 3 Akten v. D. Kaden. Personen: Otto Harmsen, aronin Blumenthal, ich Peor. us in der aske stpiel. lugzeug openhagen ressant. 70. schinen. che, beste Qualität atlicher günstigster ill, fende feine 13, 2. St. e für Herb und it 5 Doro. Apparate mit hne Bezugspreis, r, Buchfal r, Strafe 1. spolstern termödeln befergt er, Schützenstr. 35. achen festigt an Volkshfreund. Residenz-Theater in Durlach zum „Grünen Hof“ 29. Juni May mit May Titrolle va Maria einer Prin- 5 Akten erendorf Hauptrolle. Nissen Alkenstein lichen Lust- liessel Akten. riegssberichte. na nach dem Hospiz fnahme. 171.

trachte. Dem Gesandten wurde bedeutet, daß ihm keine Pässe zugestellt würden, sobald eine sichere Nachricht darüber vorliege, daß für die kaiserliche Vertretung in Bangkok freies Geleit nach Deutschland gewährleistet sei. Desgleichen wurde dem Gesandten mitgeteilt, daß seine Regierung für jeden Schaden, der den Reichsangehörigen in Siam in völkerrechtswidriger Weise zugefügt werde, in vollem Umfange verantwortlich sei. Sollte es sich bestätigen, daß deutsche Staatsangehörige in Siam interniert würden, so wäre mit einer gleichen Ergänzungsmahregel an den sich in Deutschland aufhaltenden siamesischen Staatsangehörigen zu rechnen. Die königlich niederländische Regierung ist mit der Uebernahme der deutschen Interessen betraut worden.

Die Revolution in Rußland.

Einführung der Gewissensfreiheit.

Petersburg, 28. Juli. (Pet. Tel.-Ag.) Die vorläufige Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, der allen Bürgern des russischen Staates völlige Gewissensfreiheit gewährleistet.

Eine Drohung gegen Kerenski.

Stockholm, 28. Juli. Nach der „Nowoje Wremja“ hat Kerenski einen Brief des Kreuzers „Aurora“ erhalten, dessen Mannschafft dem Ministerpräsidenten mitteilt, daß er ermordet werden soll, wenn er nicht vor Ende Juli seinen Posten freiwillig verlasse.

Zur Neubildung des Kabinetts.

Petersburg, 28. Juli. (Pet. Tel.-Ag.) Die Berufung des Nationalkongresses nach Moskau ist bis zur endgültigen Bildung des Kabinetts verschoben worden. Man nimmt an, daß das Kabinett in einigen Tagen vollzählig sein werde und der Kongreß in einer Woche stattfinden könne. Das Programm der vorläufigen Regierung wird nach dem Eintritt neuer Minister in das Kabinett nicht geändert werden, was die Annahme des Regierungsprogramms durch die neuen Minister zur Voraussetzung hat, unabhängig davon, welcher Partei diese angehören und ob sie weiter in ihrer Partei verbleiben werden. Besprechungen wurden schon in diesem Sinne von der Regierung mit verschiedenen Persönlichkeiten, besonders mit mehreren Vertretern der Kadettenpartei, eingeleitet, deren Zentralausschuß sich grundsätzlich zu Gunsten des Eintritts seiner Mitglieder in das Kabinett ausgesprochen hat.

Das Wesen des Bureaukratismus.

Von Wilhelm Ostwald.

Der bewährte ehemalige Lehrer der Leipziger Universität erörtert in dem folgenden Artikel einen der Hauptschäden des öffentlichen Lebens in Deutschland und zeigt, wie diesem Uebel keizunommen ist, was im Interesse eines gesunden organischen Fortschrittes eine Lebensfrage für unser Volk ist.

Der Bureaukratismus ist eine Krankheit, die seit langem an unserem Volkskörper zehrt. In normalen Zeiten lassen sich die Nachteile ertragen, die er verursacht, je stärker aber die Ansprüche an die Lebens- und Arbeitskraft des Volkes werden, um so empfindlicher wird deren Schwächung durch den Bureaukratismus. So besteht gegenwärtig in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes die Erkenntnis, daß die Härte der Zeit an vielen Stellen weniger schwer empfunden werden würde, wenn nicht durch den Bureaukratismus so oft das Schwierige noch erschwert, das Hilfreiche aber behindert würde. Nun sind die Träger des Bureaukratismus Menschen wie wir alle, die durchschnittlich ebenjoviel Vaterlandsliebe und Pflichtbewußtsein haben wie die anderen Volksgenossen und denen daher ein bewußter Schadenwille auf keine Weise zuzutrauen ist. Sie betätigen ihre schädliche Wirkung ähnlich jenen unbewußten Trägern von Typhusbazillen, die selbst nicht besonders leiden, in ihrer Umgebung aber ohne Abicht schwere Erkrankungen verursachen.

Eine Heilung kann nur erfolgen, wenn das Wesen dieser Krankheit klar erkannt ist, wenn die Mittel zu ihrer Beseitigung erreichbar sind und wenn ein fester Wille besteht, diese Mittel anzuwenden. Da hier eine Erscheinung von größter zeitlicher wie räumlicher Ausdehnung vorliegt, müssen notwendig sehr allgemeine und umfassende Urlassen vorliegen. Es handelt sich um eine kulturelle und soziale Krankheit, die offenbar eng mit dem Wesen der Gesellschaft und Kultur selbst zusammenhängt, eine Art Entwicklungskrankheit, für die man wie immer in solchen Fällen in erster Linie mangelhafte Anpassung verantwortlich machen wird. Dies erklärt, daß man weit ausgreifen muß, um einen brauchbaren Standpunkt zu gewinnen.

Das Wesen der europäischen Kultur ist durch die zunehmende Verwissenschaftlichung unserer Lebensgestaltung gekennzeichnet. Dieser Vorgang vollzieht sich nicht ohne Hemmungen, äußere wie innere. Sehen wir von jenen ab, da es sich um eine innere Erscheinung handelt, so werden wir Hemmungen erstens in der jeweils vorhandenen Unvollkommenheit der Wissenschaften, zweitens in den Rückständigkeit bezuglich ihrer Anwendung erkennen. Von diesen ist die zweite bei weitem die größte und wirksamste.

Die Gesamtheit aller Wissenschaften läßt sich in drei große Gruppen ordnen, die stufenweise in abnehmender Allgemeinheit und zunehmender Bestimmtheit übereinander liegen. Es sind dies die Ordnungswissenschaften, als die allgemeinsten, sodann die Arbeits- (oder energetischen) Wissenschaften und endlich die Lebenswissenschaften, deren oberste die Soziologie oder Kulturwissenschaft ist. In gleicher Reihe ist ihre Entwicklung erfolgt, so daß die große Zeit der Ordnungswissenschaften (Logik und Mathematik) hinter uns liegt, die der Arbeitswissenschaften gegenwärtig blüht, während die Lebenswissenschaften ihre Blütezeit in der Zukunft erwarten. Die Anwendung der Wissenschaften auf die Lebensgestaltung entwickelt sich in gleicher Reihenfolge, nur mit einem großen zeitlichen Abstände. So sind die Ordnungswissenschaften für den Staat längst praktisch geworden; die Arbeitswissenschaften beginnen ihren Eingang in die Bevölkerung. Von einer Betätigung der Lebenswissenschaften ist nur aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich wie

natürlich auf die unterste von ihnen, die Physiologie beziehen.

Die praktischen Ordnungswissenschaften in ihrer staatlichen Anwendung bedingen den wesentlichen Teil der bürgerlichen Rechtsverhältnisse, und das Studium der Jurisprudenz wird deshalb als das Tor zur gesamten öffentlichen Verwaltung angesehen. Da aber infolge einer besonderen geschichtlichen Entwicklung mit diesem Studium noch ganz andere Gebiete (von sozialer Beschaffenheit) verbunden sind, so enthält diese Vorbereitung Entbehrliches, während ihr Wesentliches fehlt. Dieses Wesentliche ist die Berücksichtigung der Hauptergebnisse der höheren Wissenschaften, sowohl der energetischen wie der biologischen. Der Bureaukratismus ist eben die krankhafte Erscheinung unserer öffentlichen Verwaltung, die durch die ausschließliche Berücksichtigung des Ordnungsbegriffes unter Vernachlässigung des Arbeits- und Lebensbegriffes entsteht.

Welches sind nun insbesondere die vernachlässigten Geleise? Für die praktische Anwendung, die hier allein in Frage steht, läßt sich die Summe der Arbeitswissenschaften in den energetischen Imperativ zusammenfassen: **vergeude keine Energie, verwerte sie!** Der Bureaukratismus ist durch seine unbedachte wie ungemessene Energievergeudung gekennzeichnet. Beispiele anzuführen ist unnötig. Jeder braucht sich nur an einen der vielen Zusammenstöße mit ihm zu erinnern, die heute ganz unvermeidlich sind, um gewahr zu werden, daß das, was ihn empört hat, die gewollte Energievergeudung war. Energievergeudung bei der bürokratisch verordneten Stelle und noch viel mehr Energievergeudung im Volk infolge der Mißachtung der für die Durchführung der Maßregeln erforderlichen Arbeit. Da aber gegenwärtig Durchhalten und Siegen ganz und gar davon abhängt, wie wir mit unseren Energien, geistigen wie physischen, auskommen, so erkennt man alsbald die Schwere der Belastung unserer Gegenwart und Zukunft durch die Krankheit des Bureaukratismus.

Das zweite Gesetz, welches der Bureaukratismus vernachlässigt, ist das Lebensgesetz der Entwicklung. Von allen anderen Lebewesen unterscheidet sich der Mensch durch die Schnelligkeit seines allgemeinen biologischen Aufstieges, und je höher in der Kultur ein Volk steht, um so schneller erfolgt dieser Aufstieg. Der Bureaukratismus aber kennt keinen Fortschritt, denn ein solcher würde ja die Ordnung stören. Er muß sich deshalb grundsätzlich jedem Fortschritt widersetzen.

Damit ist die Krankheit gekennzeichnet, und zwar ihrem Wesen nach, das in jenen beiden Symptomen seinen unmittelbaren Ausdruck findet. Wie ist die Heilung möglich? Das Heilmittel heißt Erkennen und Wissen. Hat man es an zuständiger Stelle einmal erkannt, daß hier Besserung unbedingt nötig ist, so wird man diese Einsicht an allen entsprechenden Stellen zur Geltung bringen. Man wird zunächst jede Maßregel, die größte wie die kleinste, darauf prüfen, welchen Arbeitsaufwand sie bedingt und ob sich dieser Aufwand nicht einschränken läßt. Denn der verfügbare Arbeitsbetrag ist immer und überall endlich, jede Ersparnis bedeutet einen hohen Gewinn und jede Vergeudung ist unter den heutigen dringenden Verhältnissen ein Verbrechen am deutschen Volke. Und ob auch die Wandlung des amtlichen Denkens und Anordnens, welche durch die stetige Befolgung des energetischen Imperativs gefordert wird, übermäßig erscheint: jetzt ist noch nicht Zeit, in die Ferne zu gehen, jetzt heißt es, heute besser als morgen anfangen, denn jeder erparne Energiebetrag kann für das Ergebnis des ungetrübten Kampfes entscheidend sein.

Die zweite grundsätzliche Wendung durch die Wissenschaft ist die Einsicht, daß der Fortschritt eine biologische Notwendigkeit ist. Es darf sich also überhaupt nicht darum handeln, ob und wie er vermieden werden kann, sondern nur darum, wie er am besten zu bewerkstelligen ist. War das Ältere feiner, so ist es gerade deshalb heute mit größter Wahrscheinlichkeit nicht mehr gut, sondern muß den inzwischen geänderten Verhältnissen angepaßt werden. Was aber ist ein gesunder und daher notwendiger Fortschritt? Was die Energien vermehrt oder die vorhandenen besser auszunutzen gestattet.

Überflüssige und andere Volkskrankheiten hat man durch wissenschaftliche Methoden mit Erfolg eingeschränkt und wird sie in absehbarer Zeit überwinden. Hoffentlich gelingt ein kleiner Gesundheitsvorgang auch mit der Staatskrankheit des Bureaukratismus.

Deutsches Reich.

Eine Schieber-Enttüllung.

Der „Rheinischen Zeitung“, unserem Kölner Parteiblatt, ist es gelungen, einer umfangreichen Rohrzucker-Schiebergeschichte auf die Spur zu kommen. Die staatliche Rhein-Rosel-Gesellschaft hatte über einen großen Posten Fischkonerven (Scholle in Gelee) zu verfügen; sie waren bereits in einem derartigen Zustand, daß sie sofort abgesetzt werden mußten. Ein paar Lebensmittelschieber kauften die Dosen, zwei Sorten, zu vier und zu acht Mark, die sie ohne nennenswerte Mühe zu 7,30 bzw. 14 Mark an die Maschinenfabrik Humboldt weiterverkauften. Allein bei diesem Posten wurden in einigen Telefongesprächen und Straßenbahnfahrten 40 000 Mark verdient. Da aber gleichzeitig große Posten an die Eisenbahndirektion und an eine Terranggesellschaft geliefert wurden, so stellt sich der Nutzen insgesamt auf 80 000 Mark. Die Konerven waren inzwischen schon zum größten Teil verdorben (sie waren für die Arbeiter der Unternehmungen bestimmt), und ein beträchtlicher Posten wurde weggeschüttet. Der Maschinenfabrik Humboldt wurden allein 28 000 Mark zurückvergütet. Auffällig ist noch besonders, daß sich eine staatliche Gesellschaft einer Gruppe von Schiebern bedient, um die Schäden abzugeben. Würde sich die Rhein-Rosel-Gesellschaft unmittelbar an die Industrie gewandt haben, so würden die Schollen zur Hälfte des Preises an die Arbeiter gelangt sein, auf deren Kosten sich schließlich diese unkontrollierten Elemente bereicherten.

Die Verwirklichung des Bismarckschen Reichseisenbahngedankens.

Mehr als es bisher nach außen bekannt geworden ist, regt sich in den berufenen Kreisen das Verlangen nach strenger Zusammenfassung des gesamten Verkehrsnetzes als

gemäß Mobilmachung für den bevorstehenden großen Wirtschaftskampf, eine Forderung, die besonders Erzengel Kirckhoff verfochten hat.

Vor einigen Wochen beriet hierüber die Vereinigung süddeutscher Handelskammern in Heidelberg. Vertreten waren die Handelskammertage von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, ferner die Handelskammern von Frankfurt am Main und Wiesbaden, insgesamt 28 Handelskammern. Einmütige Zustimmung fand der Gedanke einer einheitlichen Verwaltung der gesamten deutschen Eisenbahnen und Wasserstraßen, Verwirklichung der durch diese Vereinheitlichung ermöglichten Betriebsvereinfachungen und Erspornisse unter Zurückdrängung aller Sonderinteressen und Durchsetzung des bürokratischen Betriebes mit kaufmännischem Geist — dies alles, ehe man Verifizierungen und Reichsvertehrungen dauernd festlegt.

Die dafür auf dem Heidelberger Handelskammertag formulierten Forderungen, ebenso wie die am 9. Juli im württembergischen Landtag von Seiten des Ministerpräsidenten und der sämtlichen Redner für den Reichsbahnpräsidenten und das Zweiklassenregiment fundgebenen Empfehlungen werden nach und nach Gemeingut des deutschen Volkes werden und sich voll durchsetzen.

Wie ist das möglich...?

Der erste Vizepräsident des Reichstags, Abgeordneter Dr. Laasche, hat die folgende Kleine Anfrage im Reichstag eingebracht:

„Die Deutsche Arbeiterzentrale, Berlin SW. 11, Ostendplatz 4, macht für das Jahr 1917 die Arbeitsbedingungen für die Vermittlungen ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter bekannt. Darin werden neben den in der zu leistenden Mindestlohn für jede Person und jede Woche folgende Naturalien als Lieferungspläne bezeichnet: 30 Pfund Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 3 1/2 Liter Vollmilch, 1/2 Pfund Mehl, 3 Pfund Brot, 2 Pfund Graupen oder Getreide oder 1 Pfund Hülsenfrüchte, 1/2 Pfund Fleisch, ein Pfund Butter, 1/2 Pfund Salz.“

Ist der Herr Reichstagskanzler bereit, mitzuteilen, wie es möglich ist, angesichts der Tatsache, daß selbst die heimischen Schwerarbeiter nicht annähernd solche Mengen von Naturalien erhalten können, mit solchen Anordnungen ausländische Wanderarbeiter nach Deutschland hereinzuführen, und ob die Möglichkeit besteht, diese Verpflichtungen zu erfüllen? Ich beynüge mich mit einer schriftlichen Antwort.“

Auf die Antwort sind auch wir gespannt.

Die Wurst des Herrn Kretsch.

Der Herr Abgeordnete Kretsch, verdienstvoller Direktor der Spirituszentrale, hat im Verfassungsausschuß des Reichstags geäußert, das allgemeine Wahlrecht sei dem Volke Wurst, eine Wurst wäre ihm lieber.

Zweifellos liegt darin ein richtiges Gefühl für materielles Wohlbefinden, aber so ganz das richtige hat Herr Kretsch noch nicht getroffen. Er hat nämlich bisher mit seinen Freuden die Wurst allein, nach der das Volk verlangt. Mit Hilfe des Wahlrechts will sich das Volk mit an den Tisch des Herrn Kretsch setzen und seinen Anteil von der Wurst nehmen. Gerade das ärgert die Kretschs am Wahlfreud: daß es um die Wurst geht!

Die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Vor einiger Zeit haben in Schwerin Besprechungen über eine Verfassungsänderung für beide Mecklenburg stattgefunden. Ob man dort zu einem positiven Resultat gekommen ist, steht nicht fest. Der Liberale Verein für beide Mecklenburg hat sich nur neuerdings mit dem Stand der Verfassungsfrage beschäftigt und legt in seiner Entschliessung:

„Der Verein gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die mecklenburgischen Regierungen zu diesen Beratungen weder einen fortgeschrittenen mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten, noch einen Vertreter des liberalen Wahlvereins beider Mecklenburg eingeladen haben, obwohl von den sieben mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei sind. In der Ueberzeugung, daß die neue Verfassung dem mecklenburgischen Volke das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht nicht mehr vorenthalten darf, erwartet er, daß die von den mecklenburgischen Regierungen in Aussicht gestellte Verfassungsvorlage dieser Forderung erfüllt.“

Wenn das nicht eintritt dann will der Verein nicht ruhen, als bis dieses Ziel, wenn nötig auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erreicht ist.

Aus der Partei.

Schopfheim. Als Delegierter zum Parteitag in Würzburg wurde für den 3. badischen Reichstagswahlkreis Schopfheim-Waldshut Genosse Redakteur Werkmann gewählt.

Auch der 6. Wahlkreis Lahr-Emmendingen hat die Entsendung eines Delegierten beilassen.

Scheinradikalismus.

Die Unabhängigen haben im Reichstag gegen die Resolution gestimmt, in der es heißt: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Verjüngung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische wirtschaftliche oder finanzielle Verwaltungen unvereinbar.“ Dafür haben die Unabhängigen selbst eine Resolution eingebracht, in der Friedensschluß gefordert wird unter Erfüllung folgender Bedingungen: die unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Übereinkommen zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache und Religion; Schutz der nationalen Minderheiten. Diese Resolution soll natürlich nicht „radikaler“ sein! Ob unser Volk aber wirklich so lange den Krieg führen will, bis in Serbien vielleicht die Arbeiterjugendgesetzgebung durchgesetzt ist, die sogar in Belgien noch fehlt? Oder ob erst der Friede geschlossen werden soll, wenn Garanten vorliegen, daß in Rumänien die Unterdrückung der Juden aufhört? Oder in England die der Iren? Wenn die Unabhängigen das selbst nicht wollen, was hat es in einer Friedensresolution zu tun? War etwas anderes muß es sein, als was die Partei tut, wenn es gleich ist!

Der N... große Anz... gen gemac... Ja... vorber... beland... nicht, ihr g... r... noch e... englisch... 21. Juli im... in englisch... über Deut... der Ber... einen solch... w... r... g... eines Bede... Eine me... and, daß d... stellt hat... und seien, k... über de... hat an... fern gemil... gerung hat... werden ber... zu räum... für, daß d... dem Carion... Erklärung be... Es ist N... ber neutralen... nicht“ bom... über weitgeh... an England... heute um... und es wird... haben U... wendens von... um die H... An die K... sie bestritte... in jener gehe... erklärung beim... angenommen... Frankreich nur... mit der... in seiner letz... z... bezeichne... wichtige... ch... frage, ob... k... ologu... genicht hat, a... erzeit worden... unterzeichnen... in m... mit dem... richtig, daß... Vertbelots... ertheilt... haben hat? ... im Ansch... hergen bon ... zu das Saar... Linen N... hat nicht ... Ander gelan... erungsz... Gewinn... Get er n... erländischen... von d... gewillt sein... Reife Th... greicher Her... nehmen? ... Das alles wi... ablegen... schweigend, z... er... Angr... heimbert... erung auf... daß Briand... die Maske... in Rußland der... Zeren bespr... lands dazu... Bezeichnend... eigenen N... sollte Frage, o... den Friede... Form er k... die russische... werden. ... Auf die Sti... möglich das Z... hätten bei... antino... keine russ... Heeres... Eine Rücksicht... des russisch...

Die Antwort des Reichskanzlers an die Staatsmänner der Entente.

Der Reichskanzler hat am Samstag abend eine große Anzahl von Vertretern der Entente...

Sie habe Sie nicht nur deshalb hierher gebeten, weil ich vorübergehend beim Antritt meines neuen Amtes...

Eine weitere Bestätigung für die Tatsache ist der Umstand, daß der englische Minister Cernson...

Es ist Ihnen allen bekannt, daß die schon seit Wochen in der neutralen Presse verbreitete, zuerst in der 'Berliner Tagwacht' vom 19. Juni ausgetauchte ganz bestimmte Angabe...

An die Regierung Frankreichs richte ich hiermit die öffentliche Anfrage, ob sie bestreiten will, daß die Herren Briand und Ribot...

weigende Eroberungspläne vereinbart hat? Ich frage, ob es wahr ist, daß dem französischen Botschafter...

Präsident der Republik Der Verhelots Vorschlag diese Ermächtigung ohne Vorwissen...

Das alles wird die Regierung der französischen Republik ablehnen können. Sie wird weiter, wenn auch nur...

Die Stimmung der Russen weist ein helles Licht auf das Zustandekommen der russischen Verhandlungen...

Die russische Revolution mit französischem Blute erkauft werden. Auf die Stimmung der Russen weist ein helles Licht...

politisch hat Ribot in der geheimen Kammerverhandlung die Revision der französischen Eroberungsziele abgelehnt.

Besonders bemerkenswert aber ist, das möchte ich noch zum Schluß erwähnen, bei der Erwiderung Ribots auf eine friedensfreundliche Rede...

Die feindliche Presse hat sich bemüht, meine Antrittsrede im Reichstage dahin auszubilden, daß ich der von der Mehrheit des Hauses gefassten Entscheidung nur unter dem Vorbehalt...

Auf eine solche Antwort des deutschen Reichskanzlers waren die Gelehrten in London und Paris wohl nicht vorbereitet...

Ausland.

Das neue Grundgesetz Finlands.

Das vom finnländischen Landtage endgültig angenommene Gesetz über die Ausführung der höchsten Staatsgewalt in Finnland lautet:

§ 1. Der Landtag Finlands allein beschließt, bestätigt und bringt in Ausübung alle Gesetze Finlands einsehend...

§ 2. Der Landtag tritt ohne besondere Berufung zu ordentlichen Sitzungen zusammen und beschließt, wann sie beendet werden sollen.

§ 3. Der Landtag verfügt über die exekutive Gewalt Finlands. Die höchste exekutive Gewalt soll vorläufig vom Dekonomieabernament des finnländischen Senats...

Die Krise in China.

W. Amsterdam, 28. Juli. Nach einem hiesigen Blatt werden die 'Times' aus Shanghai, daß ein vollständiger Bruch...

Baden.

Karlsruhe, 30. Juli. Die Höchstpreise für Schlachtrinder sind vom Ministerium des Innern wie folgt festgesetzt...

60 Mk., bis zu 7 Ztr. 68 Mk., bis zu 8,5 Ztr. 72 Mk., bis zu 10 Ztr. 76 Mk., bis zu 11,5 Ztr. 80 Mk. und über 11,5 Ztr. 85 Mk.

Höchstpreise für Holz. Wie wir erfahren, hat sich das badische Ministerium des Innern im Hinblick auf die andauernden unerhörten Preissteigerungen im Brennholzhandel...

Der Handel mit Schlachtwiech in Baden. Im Anschluß an die Verordnung des Reichskanzlers vom 3. April 1917 über die Schlachtwiechpreise für Schweine und Rinder...

Durlach, 28. Juli. Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung vom 24. Juli. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Juli d. J. 15 081.

Mannheim, 29. Juli. Auf Antrag des Oberbürgermeisters soll eine soziale Kommission aus je fünf Stadträten...

Mannheim, 29. Juli. Um dem Umlauf des Geldes über die hier vorgekommenen Ertränkungen an Ruhr den Boden zu entziehen...

Weinheim, 29. Juli. Herr Bürgermeister Dr. Wetzel ist nach einem Telegramm aus Konstanz aus der Gefangenschaft zurückgeführt.

Mannheim, 29. Juli. Auf dem hiesigen Bahnhofsgebiet der Nachtweizer Ort aus eigener Unvorsichtigkeit...

Lauf bei Bühl, 28. Juli. Durch die hiesige Pfennig- und Jugendspartasse, die bei Beginn des Krieges gegründet wurde...

Rehl, 28. Juli. In Rehl hatte ein Landwirt heimlich ein Schwein von zwei Rentnern geschlachtet. Jetzt ist man der Sache auf die Spur gekommen...

Berichtszeitung.

Mannheim, 30. Juli. Der 51jährige Lohnbachhalter Franz Schröder, der, um seine leichtlebigen Anwandlungen zu gerieren...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 30. Juli.

Vor der neuen Ernte.

Von Mitte August an wird die Brotkarte des Deutschen wieder ihr altes Aussehen haben, sie soll von diesem Tage an wieder 220 Gramm anweisen und damit (zum Teil wenigstens) sogar über den Stand von vor dem 15. April ds. Js. hinausgehen. Dafür wird freilich die Reichszulage von 250 Gramm des billigen Fleisches genommen. Wenn nun wahr würde, was sonst noch verkündet wird, daß nämlich eine bessere Spätkartoffelernte wie 1916 zu erwarten ist, dann ist schon etwas gebessert. Dann sind wir hoffentlich durch die magersten Monate hindurch. Dazu ist, das darf heute gesagt werden, auch die höchste Zeit. In der Hauptsache hat sich in dieser wirklich kritischen Zeit die arbeitende Bevölkerung viel gefallen lassen, muß noch heute viel ertragen. Da erfordert es das Gebot der Klugheit, sie nun auch in den kommenden besseren Zeiten nach Möglichkeit zu bedenken.

Die Regierung sollte zunächst Erklärungen darüber erlassen, daß sie nicht beabsichtigt, die Fleischration unter 250 Gramm wöchentlich sinken zu lassen. Allerlei Gerüchte durchschwärzen die Verbraucherfreie, die durch ein offenes Wort des Kriegsernährungsamts beseitigt werden könnten. Die Ergebnisse der Viehzählung lassen doch wohl den Schluß zu, daß selbst bei Berücksichtigung der Unentbehrlichkeit nicht unter 250 Gramm hinuntergegangen zu werden braucht.

Wichtig wäre weiter, wenn recht bald die Produktion von Nährmitteln für Kinder, Kranke, Schwangere und Wöchnerinnen erheblich gesteigert würde. Hier ist ein wirklicher Mangel vorhanden, der leicht abgestellt werden könnte.

Dann ist es eine sehr ernste Angelegenheit, daß die Verteilung der Kartoffeln nicht wieder so jämmerlich verlagert wie 1916. Rästel haben wir nun gerade genug gelöst, jetzt darf man doch erwarten, daß es zufällig 1917 einmal klappen wird. Dr. Michaelis bringt reiche Erfahrungen aus seiner Tätigkeit als preussischer Ernährungsminister mit. Möge er als Kanzler mit dem Kriegsernährungsamt ein ernstes Wort reden und das Kartoffelprogramm: Organisation der Pferdekraft, des Transports, der Lagerung und der Verteilung sicher durchführen, dann sind wir zur Hälfte für 1917/18 gerüstet.

Ob man hoffen darf? —

Zur durchgehenden Arbeitszeit schreibt man uns: Eine Anzahl Karlsruher Stadtverordnete aller Parteien hatten zu den Stadtrat den Antrag gerichtet, die durchgehende Arbeitszeit in den städtischen Betrieben einzuführen. Gleichzeitig war darum gebeten worden, auch bei den Gewerbebetrieben, wie auch bei Handel und Industrie, für die Einführung dieser Arbeitszeit einzutreten. Der stellvertretende Vorsitz der Stadtverordneten, dem dieser Antrag zur Begutachtung vorgelegen, hat ihn mit der Bemerkung an den Stadtrat weiter geleitet, den Antrag unter den jetzigen Verhältnissen nicht befürworten zu können. In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 30. Juni teilte Bürgermeister Dr. Paul mit, daß auch der Stadtrat zu der Zeit die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit nicht empfehlen könne. Unter den Gründen, die Bürgermeister Dr. Paul für die Haltung des Stadtrates anführte, standen die Ernährungsschwierigkeiten an erster Stelle. Dazu komme noch, daß in den meisten Betrieben und auch in den Büros eine sehr lange Arbeitszeit bestünde. Der aufmerksamste Zuhörer konnte schon damals auf den Gedanken kommen, daß der Stadtrat in seiner Gesamtheit der ungeteilten Arbeitszeit äußerst konservativ gegenübersteht und von ihm eher eine Bekämpfung als eine Befürwortung der angestrebten Neuerung zu erwarten ist.

Diese Auffassung hat sich als richtig erwiesen. In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 27. Juli nahm der Stadtverordnete Manz bei Beratung der Gas- und Strombezugsordnung Veranlassung, auf die Haltung des Stadtrates zu dieser Frage einzugehen und betonte, daß der bestehende Kohlenmangel, der zu äußerster Sparlichkeit bei Heizung und Beleuchtung zwingt, dazu führen sollte, die ungeteilte Arbeitszeit einzuführen. Stadtv. Manz richtete an den Stadtrat die Bitte, die Frage noch einmal zu prüfen. Oberbürgermeister Siegrist sagte eine nochmalige Prüfung zu, fügte aber hinzu, er für seine Person sei selbst nicht in der Lage, 8 Stunden hintereinander zu arbeiten, er glaube auch nicht, daß im Rathaus ein Beamter sei, der anhaltend 8 Stunden arbeiten könne. Die Leistungsfähigkeit des Oberbürgermeisters und ob derselbe eine geteilte oder ungeteilte Arbeitszeit hat, ist eine Sache für sich. Bei den städtischen Beamten dürfte es aber doch sehr fraglich sein, ob diese die Auffassung des Oberbürgermeisters teilen. Man lasse doch einmal eine geheime Abstimmung vornehmen und man wird finden, daß sich die große Mehrheit für die ungeteilte Arbeitszeit entscheiden wird. Man gehe dann einen Schritt weiter und mache die Probe aufs Exempel, dann wird sich der Stadtrat überzeugen, daß die Sache ganz gut geht, ohne daß die Erledigung der Geschäfte darunter leidet. Die Ernährungsschwierigkeiten sind kein Hindernis für die ungeteilte Arbeitszeit, im Gegenteil. Heute liegen die Verhältnisse so, daß es sich gar nicht mehr lohnt, wegen des Mittagsmens die Arbeitszeit 1 1/2 oder 2 Stunden zu unterbrechen. Die Hauptmahlzeit kann ganz gut nach Beendigung der Arbeitszeit eingenommen werden. Auch für die Arbeiter kann die ungeteilte Arbeitszeit unbedenklich eingeführt werden. Hier ist natürlich erste Voraussetzung, daß die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich reduziert wird. Auf keinen Fall darf sie länger als 9 Stunden sein. Ich bin überzeugt, daß, wenn die ungeteilte Arbeitszeit unter dem Zwange der Verhältnisse von der Reichsleitung angeordnet wird, diese sich rasch einbürgern und als dauernde Einrichtung bestehen bleiben wird. Auch darf angeführt werden, daß die ungeteilte Arbeitszeit schon da und dort eingeführt ist. Zum Beispiel ist in Mannheim und Gaggenau in großen industriellen Werken die ungeteilte Arbeitszeit seit Jahren eingeführt. Die Arbeiter empfinden diese als eine Wohltat. Auch ist nicht bekannt geworden, daß die Leistungsfähigkeit der betreffenden Werke irgendwie gelitten hat. Bei der Karlsruher Lebensversicherung, vormals Allgemeine Versorgungsanstalt, wo etwa 250 Personen beschäftigt werden, besteht seit vielen

Jahren die ungeteilte Arbeitszeit. Hier wird von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr mit einer einzigen Pause von 20 Minuten gearbeitet. Also es geht, man muß nur wollen. Jedenfalls sollte die Bevölkerung, und vor allem die Arbeiterschaft, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit widmen. H. S.

* **Erniedrigung der Höchstpreise für Fleisch.** Die Höchstpreise für Fleisch und Wurst sind mit sofortiger Wirkung im Großherzogtum Baden ermäßigt worden. Es kosten das Pfund Rindfleisch mit bis 20 v. G. Knochen 1,60 Mk., ohne Knochen 2 Mk., Lammfleisch ohne Knochen 2,40 Mk., Kalbfleisch mit bis 25 v. G. Knochen 1,60 Mk., Kalbschnittel ohne Knochen 2,30 Mk., Hammelfleisch mit 25 v. G. Knochen 2 Mk., Schweinefleisch mit 20 v. G. Knochen 1,50 Mk., ohne Knochen 1,80 Mk., gefalgene Schweinefleisch 1,70 Mk., geräucherter 1,90 Mk., rohes Schweinefleisch 1,80 Mk., ausgelassenes 2,20 Mk., frischer Speck 1,80 Mk., gefalgener Speck 2 Mk., geräucherter Speck 2,20 Mk., Schinken (roh im Ganzen) 2,20 Mk., Schinken (roh im Aufschnitt) 2,80 Mk., gekocht im Aufschnitt (ohne Schwarte) 3 Mk., Leber, vom Rind 1,60 Mk., Leber vom Kalb 2 Mk., Nieren 1,80 Mk., Zunge, frisch 2,30 Mk., Zunge geräuchert 3,50 Mk., Kalbsgeröst 1 Mk., Girn, vom Rind, das Stück 1,60 Mk., Girn, vom Kalb 1,50 Mk.

* **Neue Höchstpreise für Wurst.** Nach einer neuen Verordnung des Ministeriums des Innern gelten jetzt folgende Höchstpreise für je ein Pfund Wurst: Leberwurst, frisch (auch abgekühlt) 1,50 Mk., dieselbe geräuchert 1,70 Mk., Blutwurst (Griebenwurst) auch abgekühlt 1 Mk., Schwarzwurst (roter und weißer) 1,40 Mk., derselbe geräuchert 1,60 Mk., Fleischwurst (auch abgekühlt) 1,60 Mk., frische Bratwurst 1,70 Mk., Landjäger 2 Mk.

* **Unfall.** Am Samstag nachmittag spielte der 12-jährige Sohn eines Schaffners von hier in einer Feldhütte hinter dem Hauptbahnhof mit einem geladenen Flobertgewehr. Dabei entlud sich die Waffe und der Knabe erhielt einen Streifschuss an der rechten Brustseite, so daß ihm auf der Wache des Roten Kreuzes am Hauptbahnhof ein Notverband angelegt werden mußte.

* **Zur Anzeige** gelangten 11 Personen, weil sie auf hiesiger Gemarkung Obst von Bäumen entwendeten.

Letzte Nachrichten.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 30. Juli. (Amtlich.) Seit mittags in Flandern wieder stärkster Feuerkampf. In Ostgalizien Fortschritte am Zbrucz, Dnjestr, Pruth und Czernozom.

Weitere 23000 Tonnen.

W.B. Berlin, 29. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boots-erfolge im Spergebiet von England. 29000 T. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische Dampfer „Coniston Water“ (3738 BRT.) mit 6000 T. Kohlen von Cardiff nach Archangel, ein vollbeladener Frachtdampfer von etwa 8000 T. und das englische Fischereifahrzeug „Loch Katrina“ mit Fischen von den Fjorden nach England.

Wie Amerika Holland verweigert.

W.B. Berlin, 30. Juli. Laut „Berliner Tageblatt“ erfährt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ über London, aus Washington werde gemeldet, daß der Ausfuhrat den Entschluß gefaßt habe, 60 im Hafen von New York liegende holländische Schiffe zu zwingen, ihre Ladungen zu löschen. Der Ausfuhrat habe erfahren, daß das verladene Getreide und andere Produkte bestimmt seien, nach Deutschland gelandt zu werden im Austausch gegen andere Waren, die Holland aus feinen anderen Ländern beziehen könne.

Die Stockholmer Konferenz gesichert.

W.B. Berlin, 30. Juli. Wie dem „Vorwärts“ aus Stockholm gemeldet wird, haben die Vertreter des holländisch-schwedischen Bureaus, Hulsman und der Arbeiterdelegierte Rosanoff, die auf 14 Tage nach Petersburg gehen, bestimmt erklärt, die internationale Konferenz beginne sicher wenige Tage nach Mitte August.

Keine Kriegszielkonferenz der Entente.

W.B. Bern, 29. Juli. „Reit Parisien“ meldet aus Petersburg, daß die alliierten Vorkämpfer von dem Minister des Innern benachrichtigt worden seien, die russische Regierung verzichte auf Einberufung der Konferenz betreffend die Kriegsziele, da die russische Regierung anerkenne, daß die öffentliche Meinung unter den obwaltenden Verhältnissen eine solche Einberufung solch auslegen könne.

Der Großsprecher Churchill.

London, 29. Juli. (Reuter.) Anlässlich einer Rede in Dundee sagte Munitionminister Churchill: Nächstes Jahr werden wir Granaten, Geschütze, Tanks und Flugzeuge in noch nicht dagewesener Menge haben. Wir werden kämpfen; wir werden den Preis, den unsere Soldaten beinahe gewonnen haben, nicht beiseite werfen in dem Augenblick, da wir ihn ergreifen können. Wir kämpfen nicht um der Beute willen oder aus Rache, aber wir wollen den Preis entscheidend schlagen und wir werden durchhalten, bis wir einen unverkennbaren Sieg errungen haben, der Folge haben wird, daß das deutsche Volk alles Vertrauen in sein Regierungssystem und seine Regierenden verliert. Wir werden unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Verbündeten halten. Wir wollen einen bestimmten, unverkennbaren Sieg für die Prinzipien der Sache, für die wir kämpfen. Wir wollen nicht mehr, wir wollen auch nicht weniger.

Wasserstand des Rheins.

30. Juli.
Schülerinsel 2,07 m gef. 2 cm, Rebl 2,90 m, gef. 5 cm
Magau 4,55 m, gef. 4 cm, Mannheim 3,65 m, gef. 3 cm.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Anzeigen: Carl Oelker, alle in Karlsruhe, Gutenbergstr. 24.

Bretten.

Umstände halber ist die hiesige Stelle des Filialinhabers für den „Volksfreund“ sofort zum 1. August zu besetzen.

Bewerbungen wolle man sofort an **Karl Pfäzner**, Hildastr. 7, in Bretten, oder an den Verlag des „Volksfreund“ in Karlsruhe richten.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats August 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

2801	1 bis mit 2800: Mittwoch, den 1. August 1917.
5601	5600: Donnerstag, den 2. August 1917.
8401	8400: Freitag, den 3. August 1917.
11201	11200: Samstag, den 4. August 1917.
	Schluß: Montag, den 6. August 1917.

jeweils normiert von 8 Uhr bis 1/2 Uhr und nachmittags von 1/2 Uhr bis 6 Uhr, im großen Rathausaal. Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung der Auszahlungsgeschäfte muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 27. Juli 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Erhöhung des Strompreises betr.

Unter Hinweis auf § 27 der Strombezugsordnung des hiesigen Elektrizitätswerkes Karlsruhe geben wir bekannt, daß die §§ 15 und 16 der Strombezugsordnung durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 27. ds. Mts. für die Zeit vom 1. September 1917 bis 30. April 1918 die folgende Fassung erhalten haben:

- § 15.
- Es wird berechnet:
- für Strom zu Beleuchtungszwecken: die Kilowattstunde mit 55 $\frac{1}{2}$ (Preisermäßigung siehe § 16);
 - für Strom zu Kraft- und sonstigen Zwecken: die Kilowattstunde mit 28 $\frac{1}{2}$;
 - bei Treppenbeleuchtung mit Schaltuhren, für selbsttätige Ein- und Ausschaltung: jährlich 6 $\frac{1}{2}$ bis 60 $\frac{1}{2}$ Stromgebühr für jede Glühlampe bis 20 Watt (etwa 16 Normalkerzen); jährlich 12 $\frac{1}{2}$ M. Wette für Stellung, Unterhaltung und Bedienung der Schaltuhr.
- Die Uhr schaltet bei eintretender Dunkelheit die Dauerbeleuchtung selbsttätig ein und um 9 Uhr abends aus, alsdann folgt nach Bedarf Minutenbeleuchtung. Für längere Dauerbeleuchtung oder größere Glühlampen erhöht sich die Pauschsumme entsprechend auf Grund besonderer Vereinbarungen.
- Die Glühlampen werden vom städtischen Elektrizitätswerke geliefert und dem Abnehmer berechnet. Für Lampen sind die vorgeschriebenen Fassungen zu verwenden.
- Bei Kleintransformatoren zum Betrieb elektrischer Klingel- und Türöffneranlagen: jährlich 3 $\frac{1}{2}$ M. Stromgebühr für einen Transformator bis 1 Watt Eigenverbrauch und 15 Volt Sekundärspannung.
- Für Transformatoren mit größerem Eigenverbrauch wird die Gebühr entsprechend erhöht.
- Die Gebühr wird jährlich in einer Summe im Voraus erhoben; bei Beginn des Strombezugs unterem Jahr wird sie anteilsweise berechnet. (Erläuterungen zu § 15 siehe Anhang.)

§ 16.

Auf den für Beleuchtungszwecke (vergleiche § 15, lit. a) benötigten Strom wird folgender Verbrauchsrabatt gewährt: Wenn der in einem Kalenderjahr zu entrichtende Betrag für den Strombezug sich beläuft auf:

500 bis 1000	2 % Rabatt
über 1000	3
2000	4
3000	5

Für die nachbeschriebenen Anlagen mit langer Benützungsdauer (Hotels, Wirtschaften, Kinos, selbsttätig wirkende Lichtreklamen mit besonderen Zählern, Schaufensterbeleuchtung nach 8 Uhr abends) wird der Strom für Beleuchtungszwecke wie folgt berechnet:

Für die innerhalb der ersten 600 Betriebsstunden verbrauchten Kilowattstunden 55 $\frac{1}{2}$ für die Kilowattstunde.

Für die innerhalb der nächsten 200 Betriebsstunden verbrauchten Kilowattstunden 45 $\frac{1}{2}$ für die Kilowattstunde.

Für die innerhalb der weitern Betriebsstunden verbrauchten Kilowattstunden 35 $\frac{1}{2}$ für die Kilowattstunde.

Zur Ermittlung der Zahl der Betriebsstunden wird die Zahl der im Kalenderjahr verbrauchten Kilowattstunden durch die Zahl des Anschlußwertes geteilt. Der Anschlußwert wird alljährlich in der zweiten Hälfte des Jahres vom Elektrizitätswerk festgestellt. Verbrauchsrabatt und Preisermäßigung werden jeweils nach Schluß eines Kalenderjahres berechnet und dem Abnehmer gewährt, oder, wenn er keinen Strom mehr bezieht, zurückgezahlt; hierbei bleiben Beträge unter 1 $\frac{1}{2}$ M. außer Betracht.

Würde der Stromabnehmer für seinen Jahresverbrauch nach den obigen Rabattsätzen einen höheren Gesamtbetrag zu zahlen haben als im Falle größeren Verbrauchs, so wird der zu zahlende Betrag um die Differenz gemindert. (Erläuterung zu § 16 siehe Anhang.)

Der Absatz 1 des § 16 (Verbrauchsrabatt) wird für die Dauer des Kohlenmangels außer Kraft gesetzt.

Der Bürgerausschuss hat den Stadtrat ermächtigt, den § 11 der Strombezugsordnung (Zählermiete) insoweit außer Anwendung zu lassen, als es sich nicht lediglich um Zähler handelt, die nicht für einen regelmäßigen Verbrauch, sondern nur für Ausnahmefälle, z. B. als Reserve, zur Anschaffung in Notfällen, Verwendung fuhren.

Karlsruhe, den 27. Juli 1917.

Der Stadtrat

Mr. 175
Zw
1. 26b-Pr
2. 26b-Pr
3. 26b-Pr
4. 26b-Pr
5. 26b-Pr
6. 26b-Pr
7. 26b-Pr
8. 26b-Pr
9. 26b-Pr
10. 26b-Pr
11. 26b-Pr
12. 26b-Pr
13. 26b-Pr
14. 26b-Pr
15. 26b-Pr
16. 26b-Pr
17. 26b-Pr
18. 26b-Pr
19. 26b-Pr
20. 26b-Pr
21. 26b-Pr
22. 26b-Pr
23. 26b-Pr
24. 26b-Pr
25. 26b-Pr
26. 26b-Pr
27. 26b-Pr
28. 26b-Pr
29. 26b-Pr
30. 26b-Pr
31. 26b-Pr
32. 26b-Pr
33. 26b-Pr
34. 26b-Pr
35. 26b-Pr
36. 26b-Pr
37. 26b-Pr
38. 26b-Pr
39. 26b-Pr
40. 26b-Pr
41. 26b-Pr
42. 26b-Pr
43. 26b-Pr
44. 26b-Pr
45. 26b-Pr
46. 26b-Pr
47. 26b-Pr
48. 26b-Pr
49. 26b-Pr
50. 26b-Pr
51. 26b-Pr
52. 26b-Pr
53. 26b-Pr
54. 26b-Pr
55. 26b-Pr
56. 26b-Pr
57. 26b-Pr
58. 26b-Pr
59. 26b-Pr
60. 26b-Pr
61. 26b-Pr
62. 26b-Pr
63. 26b-Pr
64. 26b-Pr
65. 26b-Pr
66. 26b-Pr
67. 26b-Pr
68. 26b-Pr
69. 26b-Pr
70. 26b-Pr
71. 26b-Pr
72. 26b-Pr
73. 26b-Pr
74. 26b-Pr
75. 26b-Pr
76. 26b-Pr
77. 26b-Pr
78. 26b-Pr
79. 26b-Pr
80. 26b-Pr
81. 26b-Pr
82. 26b-Pr
83. 26b-Pr
84. 26b-Pr
85. 26b-Pr
86. 26b-Pr
87. 26b-Pr
88. 26b-Pr
89. 26b-Pr
90. 26b-Pr
91. 26b-Pr
92. 26b-Pr
93. 26b-Pr
94. 26b-Pr
95. 26b-Pr
96. 26b-Pr
97. 26b-Pr
98. 26b-Pr
99. 26b-Pr
100. 26b-Pr

Zwangsvorsteigerungen von Grundstücken.

Grundstücke	Schätzung	Vorsteigerungstag
1. Gg.-Nr. 3997 d. 3 a 19 qm Kriegstraße 252. Wohnhaus	41 000	Dienstag, den 31. Juli 1917.
2. Gg.-Nr. 4672 a. 7 a 15 qm Bachstraße 63. Wohnhaus mit Wärderei	78 315	Donnerstag, 23. August 1917.
3. Gg.-Nr. 5928. 4 a 74 qm, Klauwechstraße 35. Wohnhaus	56 000	Dienstag, den 4. Sept. 1917.
4. Gg.-Nr. 501. 5 a 61 qm, Stefanienstr. 32. Wohnhaus mit Nebengebäude	94 000	Donnerstag, 6. Sept. 1917.
5. Gg.-Nr. 1448. 2 a 67 qm, Adlerstraße 33. Wohnhaus mit Anbauten. Bis Kriegsausbruch jüdischer rituelier Gasthof	90 000	Dienstag, 11. Sept. 1917.
Wert der Einrichtung	10 421	

Die Vorsteigerung findet jeweils vormittags 9 Uhr im Notariatgebäude, Akademiestraße 8, 2. Stod, Zimmer 18, statt. Wündliche Auskunft gebührenfrei daselbst, Zimmer 10.
Karlsruhe, den 27. Juli 1917.

Großh. Notariat VI als Vollstreckungsgericht. 480

Zur 2. Klasse Pr.-stüdd.
Staatslotterie habe ich noch fast alle Nummern auch der bisherigen Spielere erhalten, welche zur 1. Ziehung nicht eingelöst oder veräußert wurden. Empfehlung Kauflose 1/8 1/4 1/2 1/2
2. Kl. 10 20 40 80 - M
Ferner andere genehmigte Lose zu August-Ziehungen.

Ludwig Göb,
Großh. Wadischer Lotterien-einnehmer,
Hebelstraße 11, beim Rathaus
Karlsruhe. 481

Bekanntmachung.
Die Inhaber der im Monat Dezbr. 1916 unt. Nr. 22659 bis mit Nr. 24009 ausgestellten bzw. erneuerten Pfandcheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 8. August 1917 anzulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 479
Karlsruhe, 30. Juli 1917.
Städt. Pfandleihkasse.

Städt. Vierordtbad
Kohlensäurebäder und elegante
Wannenbäder.
I., II. und III. Klasse.
Für Herren und Damen
geöffnet Werktags vorm.
7-1 Uhr, nachm. 3-8 1/2
Uhr, Samstags abends
bis 9 1/2 Uhr und Sonntags
nur vorm. 7-12 Uhr.
Mittags 1 bis 3 Uhr ge-
schlossen. 226

Schwarze
Jadentkleider
Mäntel
Jassen
Hüte
Blusen. 2014
- Billige Preise. -
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Et.

Druckfachen fertig an
Buchdruckerei Volksfreund.

Bekanntmachung.
Erhöhung des Gaspreises betr.
Unter Hinweis auf § 35 der Gasbezugsordnung geben wir bekannt, daß die §§ 13 und 15 der Gasbezugsordnung durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 27. d. M. für die Zeit vom 1. September 1917 bis 30. April 1918 die nachstehende Fassung erhalten haben:

§ 13.
Der Preis des Gases beträgt:
1. für Leucht-, Koch- und Heizgas 19 s für 1 cbm,
2. für Gas, das mittelst besonderer Leitung und unter Kontrolle eines besonderen Gasmessers für Gasmotoren verwendet wird, 17 s für 1 cbm,
3. für das durch Ringgasmesser abgegebene Gas 15 s für 1 cbm; außerdem wird ein Zuschlag von monatlich 1 M für jeden Ringgasmesser erhoben. Beträgt der Gasverbrauch bei einem Ringgasmesser in einem Monat mehr als 50 cbm, so ist für jedes dieser Menge übersteigende cbm ein weiterer Zuschlag von 5 s zu bezahlen.

§ 15.
Der Preis für Gas mindert sich bei Großverbräuchern, bei denen das zu Leuchtzwecken und das zu Heizzwecken dienende Gas je besonders gemessen wird:
1. für Gas zu Leuchtzwecken bei einem Jahresverbrauch;
a. von 200 000 cbm und mehr auf 18 s für 1 cbm,
b. von 250 000 cbm und mehr auf 17 s für 1 cbm;
2. für Gas zu Heizzwecken bei einem Jahresverbrauch von 200 000 cbm und mehr auf 17 s für 1 cbm.

Würde hiernach der Gasabnehmer für seinen Jahresverbrauch einen höheren Gesamtbetrag zu zahlen haben als im Falle größeren Verbrauchs, so wird der zu zahlende Gesamtbetrag um den Unterschied gemindert.

Ferner hat der Bürgerausschuss den Stadtrat ermächtigt, den § 15 der Gasbezugsordnung (Preisermäßigung für Großabnehmer) für die Dauer des Kohlenmangels außer Kraft zu setzen und den § 16 (Gasmesserrente) insoweit außer Anwendung zu lassen, als es sich nicht lediglich um Gasmesser handelt, die nicht für einen regelmäßigen Verbrauch, sondern nur für Ausnahmefälle, z. B. als Reserve, zur Aushilfe in Notfällen Verwendung finden.
Karlsruhe, den 27. Juli 1917. 488
Der Stadtrat.

Keine Wanze mehr für 1.50
Rur mit „Nicodal“ I. u. II. zu erzielen. Gef. gesch. Erf. 150 ver-
blühend. Mehrjähr. Garantie. Orig.-Doppelpat. M. 1.50 an-
reichend für 1-3 Zimmer u. Betten. Alleinverlauf Fiedlitz-
Drogerie Otto Fischer, Karlsruhe 74. Bei Einb. v. M. 1.50
postfreie Zusendung, u. auswärts d. Gen.-Vertr. Hermann U.
Krauel. Berlin SW 11, Königgrätzerstr. 49. 237

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe Höchst- u. Richtpreise.

In der Zeit vom 30. Juli bis einschließlich 1. Aug. sind auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt folgende Richtpreise einzuhalten:

Gemüse:

Blumenkohl	1 Stück	20-60 Pfg.
Kohlraut	1 Pfund	22-25 "
Reichkraut	1 "	15-17 "
Wirsing	1 "	15-18 "
Spinat	1 "	25-30 "
Büschbohnen, grüne und gelbe	1 "	24-26 "
Stangenbohnen, grüne und gelbe	1 "	30-32 "
Erbsen, grüne	1 "	30-32 "
Kartoffeln	1 Bund	8-20 "
" Doppel	1 "	40-50 "
" ohne Kraut	1 Pfund	24 "
Schnittkohl	1 "	15 "
Munkelrübenblätter	1 "	8 "
Rüben, gelbe	1 "	17 "
" rote	1 "	15 "
" weiße	1 "	10 "
Kohlrabi	1 "	19-20 "
Boden-Kohlrabi	1 "	10 "
Storliat, inländischer	1 Stück	5-15 "
Endivien-Salat	1 "	5-15 "
Sellerie	1 "	5-20 "
Rangold	1 Pfund	15-20 "
Kürbis	1 "	8-10 "
Meerrettich	1 Stück	30-70 "
Reich	1 "	2-10 "
Radieschen und Eiszapfen	1 Bund	3-10 "
Gurken	1 Stück	6-30 "
zum Einmachen	1 "	2-5 "
Tomaten	1 Pfd.	30-60 "
Rhabarber	1 "	15-20 "
Zwiebeln, inländisch	1 Pfund	25 "

Pilze:

Pflüßlinge	1 Pfund	40-50 Pfg.
Steinpilze	1 "	50-60 "

Obst:

Quetschen	1 Pfund	40 Pfg.
Pflaumen	1 "	40 "
Birnen	1 "	55-60 "
Äpfel	1 "	30-50 "
Kirschen	1 "	30-45 "
Mirabellen	1 "	50 "
Hefelbeeren	1 "	50 "
Himbeeren	1 "	65 "
Johannisbeeren	1 "	40 "
Stachelbeeren	1 "	40 "
Färl. Kirschen	1 "	40-45 "
Malloß	1 "	10-12 "

Karlsruhe, den 27. Juli 1917.
Die Verkäufer auf den Märkten der Stadt sind verpflichtet, an allen Markttagen die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen. Die Ladeninhaber müssen diese Preise in ein im Schaufenster ausgehängtes Preisverzeichnis eintragen.
Das Zurückhalten angebotener Ware ist verboten. Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß vom Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

487 Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Futtermeister
gesucht wegen Einberufung des bisherigen.
Eugen v. Steffelin, Karlsruhe.
Amtliche Güterbestätterei. 458

Lebensmittel-Verteilung

in der
Woche vom 30. Juli bis 5. August 1917.

- Weizengrieß**
1/2 Pfund, Preis 6 Pfg. gegen die Lebensmittelmarke A Nr. 65.
- Kochfertige Suppen (Sagopuppe)**
1/2 Pfund, Preis 21 Pfg. gegen die Lebensmittelmarke B Nr. 65.
- Teigwaren (Wasserware)**
1/2 Pfund, Preis 11 Pfg. gegen die Lebensmittelmarke C Nr. 65.
- Marmelade (Südfrucht)**
1/2 Pfund, Preis 45 Pfg. markenfrei.
- Zucker**
2 Pfund (1 1/2 Pfund Einmachzucker und 1/2 Pfund regelmäßige Menge) gegen die Zuckermarkte Nr. 65. Auf Sammelmarken dürfen nur 1/2 Pfund für den Kopf abgegeben werden. Die Hühnerhälften, welche mit ihren Eierablieferungen im Markte sind, haben auf Grund der Bestimmungen des Großh. Ministeriums des Innern vom 31. Januar 1917, § 13, die Eierablieferung betreffend, keine Zuckermarkten erhalten.
- Fett**
laut besonderer Bekanntmachung.
- Kinderernährmittel**
1/2 Pfund, auf Bestellung laut unserer Bekanntmachung vom 20. April 1917, Preis 1.- Mk.
- Fleisch**
1/2 Pfund gegen Reichsfleischmarkten.

Fleischsonderzulage
1/2 Pfund gegen die Sonderfleischmarke Nr. 3, die hiermit angerufen wird.

Die angegebenen Mengen sind Kopfmengen, die Preise verstehen sich jeweils für die Kopfmenge.

II.
Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 31. Juli 1917. Den Geschäften bleibt vorbehalten, die Abgabe der einzelnen Artikel auf die verschiedenen Tage zu verteilen.

III.
Ermäßigungsstellen für Sondermarkten (Militär-, Kranken- und Verletztenmarkten) für die unter I bis 8 angeführten Lebensmittel: die städtischen Verkaufsstellen Kriegsstraße 80, Douglasstraße 24, die Filiale der Firma Pfannsch & Co., Rheinstr. 25, für Fett ferner noch: Karl Dörsche, Amalienstraße 20.

IV.
Jedes Geschäft erhält genügend Ware zugewiesen, um alle eingeschriebenen Kunden zu befriedigen. Ein Andrang an den ersten Verteilungstagen ist deshalb unnötig.

V.
Preis für Abrechnung und Ablieferung der Marken (Militär-, Kranken-, Verletztenmarkten) den 8. August 1917. Restbestände bleiben zu anderer Verfügung.

VI.
Für die Woche vom 6. bis 12. August sind zur Verteilung vorgesehen: Oseflokoden 1/2 Pfund, Maggi-Suppen 1/2 Pfund, köchfertige Suppen 1/2 Pfund, 1/2 Pfund Marmelade, Schweinefleisch, Kinderernährmittel, Fett und Fleisch mit Sonderzulage. 488
Karlsruhe, den 28. Juli 1917.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Ein tüchtiger und zuverlässiger
Darrheizer
und einige
Mälzer
gesucht.
K. S. Wimpfheimer,
Malzfabrik, 463
Karlsruhe.

Gesucht.
Arbeiterinnen
werden fortwährend angenom-
men in der
Lumpen-Sortieranstalt
S. Rachmann
Durlach, Pfingstraße 28.

Bekanntmachung.
Erhöhung des Gaspreises betr.
Unter Hinweis auf § 35 der Gasbezugsordnung geben wir bekannt, daß die §§ 13 und 15 der Gasbezugsordnung durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 27. d. M. für die Zeit vom 1. September 1917 bis 30. April 1918 die nachstehende Fassung erhalten haben:

§ 13.
Der Preis des Gases beträgt:
1. für Leucht-, Koch- und Heizgas 19 s für 1 cbm,
2. für Gas, das mittelst besonderer Leitung und unter Kontrolle eines besonderen Gasmessers für Gasmotoren verwendet wird, 17 s für 1 cbm,
3. für das durch Ringgasmesser abgegebene Gas 15 s für 1 cbm; außerdem wird ein Zuschlag von monatlich 1 M für jeden Ringgasmesser erhoben. Beträgt der Gasverbrauch bei einem Ringgasmesser in einem Monat mehr als 50 cbm, so ist für jedes dieser Menge übersteigende cbm ein weiterer Zuschlag von 5 s zu bezahlen.

§ 15.
Der Preis für Gas mindert sich bei Großverbräuchern, bei denen das zu Leuchtzwecken und das zu Heizzwecken dienende Gas je besonders gemessen wird:
1. für Gas zu Leuchtzwecken bei einem Jahresverbrauch;
a. von 200 000 cbm und mehr auf 18 s für 1 cbm,
b. von 250 000 cbm und mehr auf 17 s für 1 cbm;
2. für Gas zu Heizzwecken bei einem Jahresverbrauch von 200 000 cbm und mehr auf 17 s für 1 cbm.

Würde hiernach der Gasabnehmer für seinen Jahresverbrauch einen höheren Gesamtbetrag zu zahlen haben als im Falle größeren Verbrauchs, so wird der zu zahlende Gesamtbetrag um den Unterschied gemindert.

Ferner hat der Bürgerausschuss den Stadtrat ermächtigt, den § 15 der Gasbezugsordnung (Preisermäßigung für Großabnehmer) für die Dauer des Kohlenmangels außer Kraft zu setzen und den § 16 (Gasmesserrente) insoweit außer Anwendung zu lassen, als es sich nicht lediglich um Gasmesser handelt, die nicht für einen regelmäßigen Verbrauch, sondern nur für Ausnahmefälle, z. B. als Reserve, zur Aushilfe in Notfällen Verwendung finden.
Karlsruhe, den 27. Juli 1917. 488
Der Stadtrat.

Trauerbriefe

in jeder Ausführung liefert schnell
Buchdruckerei „Volksfreund“

Anfang 3 Uhr. Ende 11 Uhr.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11

Auf vielseitigen Wunsch bringen wir nochmals
nur 4 Tage!

**Die Lieblingsfrau
des Maharadscha**
Der Roman eines indischen Fürsten in 4 Akten.
Hauptdarsteller:
Gunnar Tolnaes.
Bilder von märchenhafter Schönheit zeigen die Pracht
eines indischen Fürstenschlosses.

Ferner:
Max Landa
Der Hund mit dem Monokel.
3 Akte. In Szene gesetzt von Felix Basch.

